

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Alexandra Hiersemann

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Uli Henkel

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Florian Siekmann

Abg. Julika Sandt

Abg. Ralf Stadler

Staatssekretär Sandro Kirchner

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** So, nun fahren wir in der Tagesordnung fort. Zur Beratung rufe ich nun noch auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Alexandra**

**Hiersemann, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)**

**Solidarität bekunden mit den Protestierenden im Iran - Abschiebungen in den Iran aussetzen (Drs. 18/24402)**

Ich erinnere daran, dass zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt ist. Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Alexandra Hiersemann das Wort.

**Alexandra Hiersemann (SPD):** Kolleginnen und Kollegen! Wir legen heute einen Dringlichkeitsantrag vor, bei dem ich ernsthaft hoffe, dass Sie nicht nur zuhören, sondern dass sich zumindest die demokratischen Fraktionen in diesem Hohen Haus ausnahmsweise mal zu einer Einmütigkeit werden vereinen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir hoffen auf Einmütigkeit in diesem Haus gegen die fundamentale Unterdrückung der Frauen- und Menschenrechte im Iran. Wir hoffen auf Zustimmung – auf Ihre Zustimmung – zu der Forderung nach EU-Sanktionen gegen die Gewalt der iranischen Sicherheitskräfte und auf eine klare Haltung und einen positiven Einsatz auch bei der kommenden Innenministerkonferenz, zusammen auch mit anderen Bundesländern, für einen bundesweiten Abschiebestopp.

(Beifall bei der SPD)

Im Hinblick auf die zahlreichen Bundesländer, die sich schon in diesem Sinne positioniert haben, will ich vor allem auf Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen hinweisen – beides unionsgeführte Länder. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat am 30.09. dieses Jahres einstimmig einen Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen beschlossen – einstimmig, wohlgemerkt –, in dem die Initiative der Bundesregierung zur Solida-

risierung mit den Menschen im Iran begrüßt wird. Gleichzeitig wird auch in Schleswig-Holstein ein bundesweiter Abschiebestopp gefordert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum sollten wir im Bayerischen Landtag nicht ebenso handeln können wie fraktionsübergreifend der Schleswig-Holsteinische Landtag und wie vergleichbar etliche andere Bundesländer?

Die Protestbewegung im Iran kämpft gegen die tiefgreifende Unterdrückung von Frauen- bzw. von Menschenrechten insgesamt. Die Menschen dort sind an einem Punkt angekommen, wo sie lieber ihr Leben riskieren, als weiter in einer Diktatur zu leben. Wir als Deutsche sollten dies in Erinnerung an 1989 nachempfinden können.

(Beifall bei der SPD)

Es ist der Beginn einer Revolution, die, so die iranische Filmproduzentin Minu Barati, nichts mit Religion zu tun hat. Es demonstrieren im Übrigen auch Frauen mit Kopftuch. Tatsächlich geht es vor allem darum, wie ein Volk, dessen fundamentale Menschenrechte so lange systematisch unterdrückt wurden, leben will. Es geht also um Freiheit.

Warum sollten wir also im Bayerischen Landtag nicht ebenso die Entschließung des Europäischen Parlaments bekräftigen, in der es unter anderem heißt: Das Parlament – Zitat –:

bringt seine Solidarität mit den jungen Iranerinnen zum Ausdruck, die trotz der Schwierigkeiten und persönlichen Konsequenzen, die sie erleiden, die Proteste anführen und daran teilnehmen; unterstützt die friedliche Protestbewegung im gesamten Land, die gegen [...] die schweren und massenhaften Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten demonstriert.

Soweit das Europäische Parlament. Wir meinen, eine solche Erklärung gebührt auch dem Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Die EU-Länder haben sich – die Meldung kam vor 20 Minuten – im Übrigen auf neue Sanktionen gegen den Iran geeinigt. Die Außenminister der EU werden sie am Montag beschließen.

Zeitgleich mit Einreichung unseres Antrags hat der bayerische Innenminister gegenüber der Presse mitgeteilt, dass Bayern Abschiebungen in den Iran vorerst aussetzen wird. Wir begrüßen dies ausdrücklich.

(Beifall)

Wir gehen davon aus, dass dies einem formalen Abschiebestopp nach dem Aufenthaltsgesetz von mindestens drei bis sechs Monaten entspricht – mit Einvernehmen des Bundesinnenministeriums gegebenenfalls länger. Die Ausnahme für Straftäter darf hierbei aber auch wirklich nur bei schweren Straftaten gelten und nicht bei Verurteilungen wegen unerlaubter Einreise oder wegen Passlosigkeit, die ja naturgemäß sehr viele Flüchtlinge betrifft.

Im Vorfeld der Innenministerkonferenz Ende November, bei der Bayern den Vorsitz hat, gehe ich davon aus, dass es einen aktualisierten Lagebericht vom Auswärtigen Amt geben wird, wie durchaus zu Recht angeregt wird. Allerdings möchte ich schon mal darauf hinweisen, dass das Bundesinnenministerium durch Verweis auf die Innenministerkonferenz genau das tut, was Bayern zumindest seit den letzten Bundestagswahlen immer fordert, nämlich die Einbindung der Länder verursacht. Deshalb wäre eine Initiative aus der Breite der Bundesländer, wie sie der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius einbringen will, richtig und wichtig, und es wäre angemessen, wenn sich die Bayerische Staatsregierung hier mit an die Spitze der Bewegung stellen würde.

(Beifall bei der SPD)

Die aktuellen presseöffentlichen Äußerungen des bayerischen Innenministers Herrmann lassen das hoffen und vermuten. Ich bedaure, dass er heute Abend nicht hier ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht bei diesem Antrag nicht um parteipolitisches Wahlkampfgeplänkel. Es geht um nichts weniger als um die Unterstützung der unfassbar mutigen Menschen im Iran, die dem Frieden und einer demokratischen Entwicklung im Iran und der dortigen Region und damit der Welt dienen soll.

(Beifall bei der SPD)

Eine – ich glaube schwedische – Abgeordnete im Europäischen Parlament hat sich bei der Debatte zur Solidarisierung mit dem Iran eine Haarsträhne oder eine Locke abgeschnitten. Ich will Sie dazu nicht auffordern, zumal das zum Teil in diesem Hause auch subjektiv vermutlich unmöglich wäre und es – zumindest was die Haare angeht – an der Substanz fehlen würde. Ich bitte Sie aber stattdessen umso deutlicher: Springen Sie über Ihren Schatten! Stimmen Sie diesem, unserem tatsächlich friedlichen Antrag zu, und lassen Sie uns gemeinsam eine derartige Resolution im Sinne dessen, was der bayerische Innenminister ohne Zweifel erklärt hat, und diesen Antrag beschließen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Frau Hiersemann, bleiben Sie bitte für eine Zwischenbemerkung da. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Uli Henkel.

**Uli Henkel (AfD):** Frau Hiersemann, Ihr Antrag ist auf den ersten Blick wirklich sehr charmant;

(Ruth Waldmann (SPD): Er ist nicht charmant, er ist wichtig!)

denn jeder, der den Unterschied zwischen religiös indoktrinierten Iranern und weltoffenen Perserinnen kennt, wird Ihnen im Hinblick auf die Solidarität zu diesen Menschen, die sich ein freies Leben ohne Mullahs und ohne Sittenpolizei erhoffen, sicherlich gerne zustimmen.

(Lachen des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Dennoch aber gleich einen Abschiebestopp gemäß § 60a des Aufenthaltsgesetzes, also eine Schutzgewährung auch für unmittelbar ausreisepflichte Menschen, ohne Rücksicht auf das Vorliegen einer individuellen Gefährdung zu fordern, ist nicht hinnehmbar.

Gut integrierte Perserinnen will doch ohnehin keiner abschieben, Frau Hiersemann. Warum aber sollten männliche Straftäter vom Leiden der Frauen im Iran profitieren und nicht abgeschoben werden? Das müssen Sie den Bürgern in diesem Lande erklären. Glauben Sie mir, ich bin ganz stark auf der Seite Persiens, Frau Hiersemann. Ich bin ein Gegner des Iran, aber ein ganz großer Befürworter Persiens und der großen persischen Kultur. Ich bin stark vernetzt in persischen Gruppen, und ich liebe Persien. Ich würde alles dafür tun.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Henkel.

**Uli Henkel (AfD):** – Ja, dann komme ich jetzt auch zum Ende

(Harald Güller (SPD): Die Zeit ist zu Ende!)

und bitte Frau Hiersemann, der Bevölkerung zu erklären,

(Florian von Brunn (SPD): Nein, nein, nein!)

wieso Menschen nach § 60a nicht abgeschoben werden sollten.

**Alexandra Hiersemann (SPD):** Eine Auseinandersetzung mit Vertretern einer Fraktion, die uns vor ungefähr einer Stunde erklärt haben, ihnen sei der Krieg in der Ukraine oder auf der ganzen Welt völlig gleichgültig, weil es ihnen nur um sich und die deutschen Bürger gehe und sie der Krieg nicht interessiere, ist für mich eine Zumutung. Herr Henkel, ich bedauere, sie mit Ihnen führen zu sollen. Ich weiß nicht, mit welchen Perserinnen Sie Kontakt haben; ich kenne auch keine charmanten Anträge, offen gestanden. Wir beschließen in diesem Hause Anträge, die sinnhaft sind,

(Beifall bei der SPD)

die die Opposition und die Regierungsfractionen für richtig halten. Angesichts des Gedankenguts, das bedauerlicherweise Ihrerseits heute dieses Hohe Haus schon wieder erreicht hat, muss ich Ihnen gar nichts erklären.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE) und Stephanie Schuhknecht (GRÜNE))

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke schön. – Als nächste Rednerin rufe ich die Abgeordnete Petra Guttenberger von der CSU-Fraktion auf.

**Petra Guttenberger (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Menschen, die für Demokratie auf die Straße gehen, bedürfen unserer Unterstützung.

(Christian Flisek (SPD): Jawohl!)

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass wir alle an der Seite dieser Menschen stehen, die schwere Repressalien und Gefahren auf sich nehmen. Das ist nichts, was wir in diesem Haus diskutieren sollten, sondern wir sollten uns genau so verhalten und hier entschlossen unterstützen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen erst Schritt eins und dann Schritt zwei machen. Wir begrüßen ausdrücklich die Entscheidung des bayerischen In-

nenministers, hier zunächst bis zur nächsten Innenministerkonferenz seitens Bayerns keine Abschiebungen in den Iran vorzunehmen und – das ist für uns ganz besonders wichtig – schwere Straftäter davon auszunehmen. Ein pauschaler Abschiebestopp, bei dem auch schwere Straftäter nach wie vor in unserem Land bleiben können, obwohl sie sich ganz gezielt und ganz offen gegen den Rechtsstaat gestellt haben, ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, eine neue, aktualisierte Lagebeurteilung über den Iran einzufordern, damit dann die Länder bei der kommenden Innenministerkonferenz die Thematik behandeln und hier einen gemeinsamen Weg finden können.

(Christian Flisek (SPD): Ah ja!)

Deshalb sagen wir: Erst Schritt eins, nämlich noch einmal eine aktuelle Lagebeurteilung, und dann wollen wir nach wie vor, dass Täterinnen und Täter, die schwere Straftaten hier bei uns begangen haben,

(Alexandra Hiersemann (SPD): Was sind denn schwere Straftaten?)

nicht in einen pauschalen Abschiebeschutz kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Christian Flisek (SPD))

So kann es letztendlich nicht sein.

(Christian Flisek (SPD): Ja, ja!)

Deshalb werden wir dem Antrag nicht zustimmen, weil wir zuerst eine Lagebeurteilung wollen

(Florian Ritter (SPD): Großes Getöse!)



und dann ein gemeinsames Vorgehen der Innenminister.

(Ruth Waldmann (SPD): Kleinmütig ist das! – Florian Ritter (SPD): Es ist aber ernst!)

Ich betone noch einmal, dass wir entschlossen die Damen und Herren, die dort für ihre Freiheit demonstrieren, unterstützen; das steht außer Zweifel. Aber, wie gesagt, wir wollen erst Schritt eins und dann Schritt zwei machen. Das beste Vorgehen ist, wenn alle Länder einheitlich gemeinsam vorgehen.

(Ruth Waldmann (SPD): Und in der Zwischenzeit passiert nichts?)

– Dazwischen kann gar nichts passieren, weil der bayerische Innenminister ganz klar gesagt hat, mit Ausnahme von schweren Straftätern schiebe er niemanden in den Iran ab. Deshalb: Erst Schritt eins und dann eine möglichst gemeinsame Linie, nach der man dieses Thema dann gemeinsam behandelt und gemeinsam und einheitlich vorgeht. Aus diesem Grund sehen wir uns leider außerstande, einen Abschiebestopp festzulegen, wohlwissend, dass er auch wirkungslos ist, weil er ja schon aufgrund der Aussage des Ministers gilt.

(Christian Flisek (SPD): Wie bitte? – Lachen des Abgeordneten Christian Flisek (SPD))

Straftäter müssen nach wie vor abgeschoben werden.

(Beifall bei der CSU – Florian Ritter (SPD): Unfassbar! Das ist Satire!)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Frau Guttenberger, bleiben Sie bitte am Rednerpult.

(Unruhe)

– Sie hört mich nicht. Frau Guttenberger, wenn Sie nicht hören, dann ist der Weg zurück ans Mikrofon umso weiter.

(Petra Guttenberger (CSU): Der Kollege war so laut, dass ich Sie leider nicht verstanden habe! – Florian von Brunn (SPD): Sie verstehen relativ wenig!)

Es ist nicht schlimm. – Es gibt eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Alexandra Hiersemann.

**Alexandra Hiersemann (SPD):** Frau Guttenberger, Sie haben die Schritte dargestellt. Vielleicht denken Sie doch noch einmal darüber nach, dass wir keine Zeit für langsame Schritte haben, wo natürlich Schritt zwei auf Schritt eins folgt; das versteht sich von selbst. Sie haben gesagt, niemand in diesem Hause hier verkenne die Problematik der Situation im Iran. Insofern sollte das klar sein. Ich würde aber gerne wissen, ob Sie mir denn die schweren Straftäter einmal definieren können. Wir hatten einen Iraner, der beinahe abgeschoben worden wäre, weil er zu einem bestimmten Zeitpunkt keinen Pass vorlegen konnte. Er konnte den Pass aus Gründen nicht bekommen, wie sie sich jedem von uns erschließen, und wurde von einem bayerischen Verwaltungsgericht zu 120 Tagessätzen wegen Passlosigkeit verurteilt.

**Petra Guttenberger (CSU):** Das ist aber kein schwerer Straftäter!

**Alexandra Hiersemann (SPD):** Ist er bei 120 Tagessätzen für Sie ein schwerer Straftäter?

**Petra Guttenberger (CSU):** Nein!

**Alexandra Hiersemann (SPD):** Oder definieren Sie das nach Taten oder nach Verurteilungen? Ich wäre dankbar für eine Aufklärung und eine Auskunft dazu, wie viele schwere Straftäter aus dem Iran Sie denn in Bayern vermuten.

**Petra Guttenberger (CSU):** Frau Hiersemann, einmal zur Klarstellung: Fälle, die ich nicht genau kenne – hier sind wir beide Profis genug –, werde ich nicht beurteilen.

(Ruth Waldmann (SPD): Es ging durch die Presse!)

– In der Presse steht viel. Das heißt aber noch lange nicht, dass es stimmt. Nachdem dort bisweilen auch andere Dinge mit hineingespielt haben und nur sehr einseitig berichtet wird, werde ich dazu nicht Stellung nehmen. Wenn ich die Akte kennen würde, würde ich Stellung dazu nehmen.

(Julika Sandt (FDP): Wir haben nachgefragt!)

Entscheidend ist, dass man einen Straftäter abschieben können muss. Da ist es mir eigentlich egal, ob es 5 oder 500 Straftäter mit schweren Straftaten sind. Der Rechtsstaat kann nicht einfach sagen: Das ist mir jetzt wurscht, und da machen wir jetzt halt nichts. – Wie gesagt, im Moment gilt ein Abschiebestopp, wie der Minister ja öffentlich verkündet hat. Wir wollen, dass wir gemeinsam aufgrund einer neuen Lagebeurteilung einen gemeinsamen Weg bei der Innenministerkonferenz finden.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ihre Redezeit geht zu Ende.

**Petra Guttenberger (CSU):** Sie ist auch nicht in fünf Monaten, sondern steht unmittelbar bevor.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Kollegen Florian Siekmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen.

**Florian Siekmann (GRÜNE):** Kolleginnen und Kollegen, ich muss sagen, ich bin schon erstaunt. Es sollte eigentlich gerade um Menschen im Iran gehen, und die CSU-Fraktion schafft es, fast die komplette Redezeit auf die mutmaßlich schweren Straftäterinnen und Straftäter aus dem Iran zu verwenden. Sprechen wir mal über die Zahlen: Wir reden über etwa 10.000 geduldete Iranerinnen und Iraner in Deutschland.

(Tobias Reiß (CSU): Es geht um die Männer!)

Diese 10.000 geduldeten Iranerinnen und Iraner in Deutschland haben gerade jeden Tag die Frage im Kopf: Werde ich vielleicht doch abgeschoben oder nicht? Diese Men-

schen brauchen Sicherheit. Das soll mit diesem Antrag garantiert werden. Das werden wir unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin der gleichen Meinung wie Frau Hiersemann: Es war eine gute, richtige und wichtige Entscheidung, die der Innenminister am 7. Oktober bekannt gegeben hat. Jetzt sollte ein formeller Akt für den Abschiebestopp kommen, wie er im Aufenthaltsgesetz vorgesehen ist.

Wie können wir jetzt den Menschen im Iran helfen? Diese Frage beschäftigt uns intensiv. Wir sehen mutige Menschen. Wir sehen vor allem Mädchen und Frauen auf den Straßen, die eine Protestbewegung losgetreten haben, die inzwischen weite Teile der Bevölkerung erfasst hat. Sie wollen nicht länger hinnehmen, dass Frauen und Mädchen verhaftet, ermordet und totgeprügelt werden. Das ist gut, das ist wichtig, und das verdient unsere Unterstützung. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat zugesagt, tatkräftig zu handeln, und hält diese Zusage auch ein. Der Iran ist bereits jetzt eines der meistsanktionierten Länder der Welt. Höchstens Nordkorea muss im Moment vielleicht noch mehr internationale Sanktionen hinnehmen.

Die Revolutionsgarden spielen auch in diesem Konflikt eine besonders unrühmliche Rolle. Sie sind gelistet und werden sanktioniert. Am nächsten Montag werden weitere Sanktionen folgen, mit denen klargemacht werden soll, dass keiner, der gerade Verantwortung für diese Vorgänge im Iran übernimmt, für diese Gewalt gegen die Menschen auf der Straße, sich dessen sicher sein kann, dass er weiterhin Zugriff auf sein Vermögen in der EU hat. Er hat auch keine Möglichkeiten mehr, in die EU zu kommen. Hier werden noch personenbezogene Sanktionen folgen.

Kolleginnen und Kollegen, ich bin zuversichtlich, dass diese Unterstützung Wirkung zeigen wird. Die Lage im Iran spitzt sich gerade minütlich zu. Das Außenministerium wird deshalb einen aktualisierten und fundierten Lagebericht vorzeitig vorlegen. Ich bin

aber ehrlich: Wer die aktuelle Lage im Iran in der Presse verfolgt, der sollte wissen: Es brennt, und wir müssen helfen!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich meinen Kollegen Vizepräsidenten Alexander Hold auf. Bitte.

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir alle sind uns einig, dass wir die Gewalt verurteilen, mit der jetzt im Iran versucht wird, die Proteste niederzuknüppeln und zu unterdrücken. Es sind mutige Frauen und Männer, die sich unter Einsatz ihres Lebens für die Demokratisierung und für Frauen-, Menschen- und Bürgerrechte einsetzen. Richtig ist, dass hier die internationale Staatengemeinschaft gefordert ist. Richtig ist auch, dass die EU ein weiteres Sanktionspaket schnürt. Selbstverständlich war es auch richtig, dass der bayerische Innenminister die Abschiebungen in den Iran gestoppt hat.

Wäre der ganze Sachverhalt nicht so traurig, dann könnte man über Ihren Dringlichkeitsantrag tatsächlich lachen. Die SPD will, dass sich die Bayerische Staatsregierung auf der Innenministerkonferenz gegenüber der Bundesinnenministerin für einen bundesweiten Abschiebestopp einsetzt. Sie soll sich also für etwas einsetzen, worum die Bundesinnenministerin von der SPD einen Bogen macht. Haben Sie denn keinen Einfluss auf Ihre eigene Ministerin im Bund?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Oder wollen Sie hier einfach nur die Backen aufblasen und bewusst von Bayern etwas verlangen und fordern, was Sie selbst im Bund nicht veranlassen? Und das veranlassen Sie im Übrigen mit gutem Grund nicht; denn ein Abschiebestopp ist ja Ländersache. Der bayerische Innenminister hat am 6. Oktober, also einen Tag, nachdem die Bundesinnenministerin erklärt hat, dass Abschiebungen in den Iran aktuell nicht verantwortlich seien, die Innenministerin um Mitteilung einer aktualisierten Lagebeurtei-

lung gebeten und zugleich die bayerischen Behörden angewiesen, ich zitiere: Abschiebungen in den Iran sind seitens Bayerns nicht vorgesehen, schwere Straftäter ausgenommen.

Mir ist schon klar, dass das nicht in Ihr bevorzugtes Narrativ bayerischer Abschiebepolitik passt. Aber es muss hier schon einmal ganz klar gesagt werden: Bayern wartet eben nicht ab, bis die Bundesregierung und das Auswärtige Amt sich endlich einmal bemühen, eine verlässliche Darstellung der Lage im Iran zu veröffentlichen, was eigentlich Voraussetzung für einen Abschiebestopp ist. Nein, Bayern geht voran und schiebt nicht mehr in den Iran ab. Das ist die Tatsache, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dass Sie jetzt Bayern in die Pflicht nehmen wollen, ist nichts anderes, als dass Sie beim Schwarzer-Peter-Spiel versuchen, uns, Ihrem Sitznachbarn, den Schwarzen Peter unterzujubeln, während Sie eigentlich am Zug sind.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Kollege Hold, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Ich bekomme ja noch eine Minute.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ja, die kriegen Sie jetzt gleich. Sie müssen aber trotzdem auf die Frage antworten. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Hiersemann.

**Alexandra Hiersemann (SPD):** Lieber Herr Hold, die Minute bekommen Sie, um meine Frage zu beantworten, und nicht, um mit Ihrer Rede fortzufahren. Sie haben meine Rede gehört, und ich wundere mich, dass Sie jetzt in diesem Tonfall antworten.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe versucht, deutlich zu machen, dass wir hier ohne Schaum vor dem Mund miteinander reden können. Sie wissen genau, dass Bayern bei den Regelungen vieler

anderer Bundesländer nachgezogen hat. Ich könnte sie Ihnen aufzählen, aber meine Minute reicht dafür nicht. Alle diese Länder haben sich schon vorab klar für einen Abschiebestopp ausgesprochen. Bayern ist wunderbar; aber Bayern war diesmal nicht als Erster wunderbar. Andere Bundesländer waren schneller.

Es wird immer wieder kritisiert, dass die Länder nicht mitgenommen würden. Jetzt wird gesagt, die Innenministerkonferenz sollte sich mit dem Abschiebestopp auseinandersetzen. Der Innenminister selber hat gesagt, dies würde auch erfolgen. Jetzt hauen Sie uns um die Ohren, dass wir keinen Einfluss hätten. Sie reden wider besseres Wissen und widersprechen sich in Ihren Sätzen.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Frau Hiersemann, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Alexandra Hiersemann (SPD):** Lassen Sie uns versuchen, auf einer anderen Ebene miteinander zu reden.

(Beifall bei der SPD)

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Also, dass Schnelligkeit nicht immer zu guten Ergebnissen führt, hat die Ampel-Regierung oft genug gezeigt. Darum geht es aber gar nicht. Bayern hat alles getan, was es tun konnte, und zwar einen Tag, nachdem die Bundesinnenministerin erklärt hat, dass sie das für richtig hält. Einen Tag später hat Bayern alles getan. Wie soll denn bitte Bayern in Berlin bei der Innenministerkonferenz für etwas werben, wofür die Bundesregierung überhaupt keine aktualisierte Lagebeurteilung vorgelegt hat? Das ist schlicht und einfach unmöglich. Die Initiative dazu muss schon von der Bundesregierung kommen.

Das sind auswärtige Angelegenheiten. Dafür ist allein der Bund zuständig. Halten Sie es wirklich für sinnvoll, wenn ein einziges Bundesland, gerade das Bundesland, in dem Sie in der Opposition sind und wo Sie deswegen die Backen aufblasen können,

die Initiative ergreift, um das Auswärtige Amt in den Hintern zu treten? – Ich halte das für einen falschen Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Julika Sandt.

**Julika Sandt (FDP):** Herr Hold, Sie haben gesagt, Bayern gehe voran und schiebe nicht ab. Wie erklären Sie sich denn, dass am vorvergangenen Freitag Reza R. in Abschiebehaft gesetzt wurde? Wir haben uns beim Innenministerium erkundigt: Der einzige Vorwurf gegen ihn war, dass er seinen Pass zu spät vorgelegt hat. Er hat ihn dann vorgelegt, weil er in der Pflege arbeiten wollte. Wie erklären Sie sich, dass dieser Mann in Abschiebehaft war und erst aufgrund massiver Proteste freigelassen wurde? Meinen Sie denn nicht auch, dass Bayern erst reagiert hat, nachdem die Opposition – ich und andere – sich eingesetzt hat und nachdem Medienberichte erschienen sind? Erst danach wurde auf die Abschiebung verzichtet.

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Frau Kollegin, Sie wissen genau, weil Sie das selber schon miterlebt haben, dass wir FREIEN WÄHLER uns immer für eine konsequent menschliche Aufenthaltspolitik ausgesprochen haben. Dafür kämpfen wir an vielen Stellen. Wir kämpfen für alle, die Integrationsleistungen zeigen, für alle, die Deutsch lernen, für alle, die Ausbildungen machen möchten, für alle, die sich nichts zuschulden kommen lassen, und für alle, die in Lohn und Brot stehen und die übrigens unsere Wirtschaft dringend braucht. Punkt!

Genauso waren wir aber immer für eine konsequent rechtsstaatliche Politik. Ich sage Ihnen ganz klar: Diesen Einzelfall kann ich nicht beurteilen. Für uns ist es aber selbstverständlich, dass sich ein Abschiebestopp nicht auf Menschen, die schwere Straftaten verübt haben, beziehen kann. Dieses Recht gilt nicht für denjenigen, der sich bewusst gegen unsere Rechtsordnung stellt und schwere Straftaten begeht. Ich fände es widersinnig, wenn sich jeder, nur weil er aus dem Iran kommt, in Sicherheit wiegen



und sagen könnte: Ich kann hier tun und lassen, was ich will; abgeschoben werde ich eh nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Ralf Stadler, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Ralf Stadler (AfD):** Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Kollegen! Wir alle bewundern die tapferen Frauen im Iran, die sich gegen den Kopftuchterror zur Wehr setzen und für die Menschenrechte in ihrem Land kämpfen, während andere davonlaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der Iran ist einer der größten Menschenrechtsverletzer der Welt. Was nicht bekannt ist: Die AfD hat das Thema Iran nach der Hinrichtung des Navid Afkari als Aktuelle Stunde in den Bundestag gebracht und setzt sich auch in islamistischen Ländern für die Einhaltung der Menschenrechte ein. Aber das verbreitet man nicht gerne in den öffentlich-rechtlichen Medien.

Dass sich gerade die SPD als Teil der Regierung nun mit diesen Widerstandskämpfern gegen den Islamismus solidarisieren möchte, ist an Heuchelei nicht zu überbieten. Im Regierungsprogramm kommt der Islamterrorismus nämlich gar nicht erst vor. In Berlins Schulen tragen bereits Kinder Kopftücher. Hier höre ich von der Berliner Regierung nichts – im Gegenteil: Das wird in Deutschland sogar wohlwollend in Kauf genommen. Obwohl im Iran die weltweit meisten Hinrichtungen stattfinden, wird dieses Terrorregime von unserer Regierung nach wie vor hofiert, und sie schickt in solche Länder, wie etwa auch nach Afghanistan, noch unser Geld! Die grüne Kulturministerin Claudia Roth hüllt sich zu Ehren des Mullahs gerne in ein Kopftuch und grüßt den iranischen Botschafter mit "High Five". Die angeblich moralgeleitete Außenpolitik der Ampel-Regierung ist eine reine Farce. Moralische Belehrung im Inland, aber wenn es

darum geht, Menschenrechte konkret einzufordern, dann wird gekuscht. Genau diese SPD-Regierung, die mit Ländern Energieverträge abschließt und den Kotau vor den islamischen Machthabern macht, will sich nun mit den Gegnern dieses Regimes solidarisieren. Wenn es nicht so ernst wäre, müsste man fast darüber lachen. Der Herr Kollege hat es schon gesagt.

Mit dem Iran werden weiterhin Geschäfte gemacht, und dessen Wirtschaft wird brav unterstützt. Berlin ist gegenüber den Mörder-Mullahs im Iran unterwürfig und verrät somit die Opposition und die Widerstandskämpfer im Iran. Die SPD-Fraktion instrumentalisiert diese Frauen, die ihr Leben für ihre Rechte riskieren. Wenn Sie sich solidarisieren wollen, dann fahren Sie runter!

(Florian von Brunn (SPD): Was hat Minister Herrmann über den Kollegen Maier gesagt?)

In Katar findet im Dezember dann auch noch die Fußball-Weltmeisterschaft statt. Da geht es dann um das große Geld. Menschenrechte spielen da keine große Rolle mehr. Katar ist auch noch Sponsor beim FC Bayern. So schaut es aus, meine Damen und Herren. Die Zuschauer bei uns dürfen dann vor dem Fernseher frieren, während sie die Spiele in den runtergekühlten Stadien in der Wüste hoffentlich ohne Blackout verfolgen. Aber nicht mit mir, meine Damen und Herren! Ich werde mir diese WM-, Menschenrechts- und Klimaheuchler jedenfalls nicht anschauen.

Zur Solidarität im Allgemeinen sage ich: Seien Sie erst einmal mit der eigenen Bevölkerung solidarisch, und vertreten Sie deren Interessen, statt sich in der ganzen Welt als Heilsbringer und moralische Retter aufzuspielen!

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Pfui Teufel!)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Julia Sandt, FDP-Fraktion.

**Julika Sandt (FDP):** Da kann man echt nur den Kopf schütteln. – Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! "Zan, Zendegi, Azadi" ist der Slogan der Protestierenden im Iran. Das heißt "Frau, Leben, Freiheit". Mahsa Amini, die Frau, die ihr Kopftuch nicht regelkonform getragen hat und dafür ihr Leben lassen musste, ist ein Sinnbild für Tausende von Menschen, die im Iran ihr Leben verloren haben, weil sie sich für Freiheit eingesetzt haben und für Freiheit gekämpft haben. Wir dürfen nicht tolerieren, dass Menschenrechte und Frauenrechte in dieser Art und Weise mit Füßen getreten werden!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Lassen Sie uns mit diesem Antrag auch die Initiative der Bundesregierung begrüßen, die sich auf EU-Ebene dafür einsetzt, dass gezielt diejenigen, die die Menschenrechtsverletzungen im Iran verursachen, in das EU-Sanktionsregime aufgenommen werden.

Kolleginnen und Kollegen, es gibt kaum Bilder aus dem Iran. Genau das ist das Kalkül der Mullahs. Das Internet ist gedrosselt. Wir bekommen sehr wenig davon mit. Aber genau deshalb müssen wir auch hier in diesem Hohen Haus den Blick auf die Menschen richten, die dort so mutig demonstrieren, und werden hoffentlich hier heute gemeinsam ein starkes Zeichen setzen.

Iran hat eine Cyber-Armee mit 80.000 Mitarbeitern, die jeden Chat kontrollieren. Es drohen Exmatrikulation und Jobverlust. Die Gefängnisse quellen über. Es droht Folter, und es droht der Tod. Vor dem Evin-Gefängnis, dem berüchtigten Foltergefängnis im Iran, stehen jeden Tag hundert Eltern, die ihre Kinder suchen, deren Kinder verschwunden sind, weil Menschenrechte dort nichts wert sind. Genau deshalb brauchen wir einen Abschiebestopp jetzt!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir begrüßen, dass Innenminister Herrmann am vergangenen Freitag, nachdem dieser Druck war, gegenüber der Presse endlich verkündet hat, dass zumindest bis auf schwere Straftäter niemand in den Iran abgeschoben wird.

Wir sind nicht generell gegen Abschiebung. Das Problem ist doch nur, abgesehen von der jetzigen Situation, dass in ein Land, mit dem es kein Rückführungsabkommen gibt, immer die Falschen abgeschoben werden, gerade auch hier in Bayern. Das zeigt genau der Fall Reza R. letzte Woche. Da haben wir uns erkundigt. Man konnte ihm nichts anderes nachweisen, als dass er seinen Pass zu spät vorgelegt hat. Dass er abgeschoben werden sollte, war unmenschlich, weil gerade jetzt im Iran Menschen auf der Straße erschossen wurden. Es war eines Rechtsstaats eben nicht würdig, Herr Hold. Sie haben sich für Rechtsstaatlichkeit ausgesprochen. Ist es aus Ihrer Sicht rechtsstaatlich, wenn jemand mit einer Lüge, nämlich dass er seine Arbeitserlaubnis erhalten soll, in eine Behörde gelockt wird?

(Christian Flisek (SPD): Eine Schande ist das!)

Wenn er dort von zwei Polizisten festgenommen und sofort in Abschiebehäft gesetzt wird? – Es ist nicht nur unmenschlich, sondern es ist eines Rechtsstaats unwürdig. Es ist für uns in Bayern, liebe AfD, auch noch kontraproduktiv; denn er wollte in der Pflege arbeiten. Er hatte einen Ausbildungsplatz. Die Arbeitgeberin war entsetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Christian Flisek (SPD))

Er hatte dort schon ein Praktikum gemacht und ist dafür mit Abschiebehäft bestraft worden. Was für ein Signal auch an die anderen Menschen aus dem Iran! Arbeitsverbote als Sanktion, wie es immer wieder vorkommt hier in Bayern, sind das Dümme, was ein Staat in so einem Fall tun kann.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Vor welchem Pull-Effekt haben Sie Angst? Vor einem Pull-Effekt, wodurch Menschen aus anderen Ländern kommen und hier in der Pflege arbeiten wollen? Ist das die

Angst, die Sie haben? Sie erzeugen einen Pull-Effekt dahin gehend, dass Iraner, die das sehen, sagen: Ich lege besser nicht meinen Pass vor. – Das ist ein Pull-Effekt in die Illegalität. Den betreiben Sie, wenn Sie so vorgehen!

(Beifall bei der FDP)

Alle Forderungen in diesem Dringlichkeitsantrag sind notwendig. Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, wenn eine Fraktion hier in diesem Haus diesen Dringlichkeitsantrag nicht unterstützt.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Henkel.

**Uli Henkel (AfD):** Frau Sandt, auch von meiner Seite: Es ist schön, wenn Sie über den Iran sprechen. Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie wissen, wann wir Persien verloren haben, wann wir als Weltgemeinschaft, als Staatengemeinschaft den Iran, das alte Persien, verloren haben? – Wir haben es 1953 verloren, als Mossadegh, der demokratisch gewählte Präsident dieses Landes, vom MI6 und vom CIA gestürzt worden ist. Damals haben wir dieses Land verloren. Es wäre sonst ein wertvolles Mitglied der Weltgemeinschaft. Wir müssen an die Ursachen rangehen. Dieser Iran ist ein Land, welches kaputt gemacht worden ist aus reinen Erdölinteressen amerikanischer und englischer Ölkonzerne. Seitdem haben wir dieses Land verloren. Ich bitte Sie, das immer zu bedenken, wenn wir über geostrategische Probleme sprechen oder über solche Länder sprechen.

(Florian von Brunn (SPD): Oh, ein Philosoph!)

**Julika Sandt (FDP):** Wir müssen schauen, dass wir den Menschen, die jetzt dort leben und protestieren, helfen, und sollten nicht in die Vergangenheit schauen. Altbackenheit kennt man von der AfD, aber wir schauen in die Zukunft und müssen die

Menschen unterstützen, die dort für die Freiheit und für Frauen- und Menschenrechte auf die Straße gehen.

(Beifall bei der FDP – Uli Henkel (AfD): Die Vergangenheit bestimmt die Gegenwart!)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Staatssekretär Sandro Kirchner für die Staatsregierung. Bitte.

**Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten an der Stelle ein bisschen abrüsten und uns bewusst werden, dass die Bilder, die aktuellen Meldungen, die wir in den vergangenen Tagen und Wochen über die Medien gesehen haben, uns sehr abschrecken, dass sie die ganze Welt bewegen und damit zu Recht Debatten ausgelöst werden. Das muss, darf und soll auch ein Thema in Bayern und heute hier im Hohen Haus sein.

Natürlich geht damit auch Solidarität einher – das ist unbestritten –, insbesondere mit den Frauen, die wir vor Augen haben. Wir haben die Bilder aus dem Iran gesehen. Damit einhergehend gibt es natürlich auch Solidarität in Bezug auf die Freiheitsrechte, die von diesen Frauen vertreten werden, und in Bezug auf die Verbesserung der Lage der Frauen im Iran. Ich denke schon, dass die internationale Staatengemeinschaft auf allen Ebenen aufgefordert ist, diese Motivation, dieses Anliegen und dieses Begehren entsprechend zu unterstützen. Deswegen ist es für uns heute keine Frage, dass diese humanitäre Frage parteiübergreifend einen Konsens findet und auch vorher schon einen Konsens gefunden hat. Ich verstehe nicht, warum an der einen oder anderen Stelle ein ganz anderer Eindruck vermittelt wird.

Es ist unbestritten, dass an dieser Stelle die Haltung Bayerns glasklar ist. Es ist klar, dass wir Menschen unterstützen, die sich unter Inkaufnahme von Gefahren für Leib und Leben gegen Unrecht wenden, das das Recht vom Geschlecht abhängig macht. Es ist klar, dass wir diese Menschen unbedingt unterstützen müssen. Für uns in Bay-

ern ist dies unvorstellbar, weil bei uns die Gleichstellung von Frau und Mann gang und gäbe ist und sogar Verfassungsrang hat. Deswegen müssen wir mit dem Kopf schütteln und verstehen es nicht so richtig, was da passiert. Das müssen wir überall auf der Welt so sehen. Initiativen, die dort aufkommen, müssen wir unterstützen; denn wir sind uns einig, dass in einer Gesellschaft, in der Frauen nicht sicher leben können, niemand sicher leben kann. Diese Frauen müssen wir in Bayern unterstützen.

Das betrifft aber auch die Iranerinnen und Iraner in Bayern, die aktuell hier sind, die einen Asylantrag gestellt haben, der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgelehnt worden ist, sodass diese Personen in der Konsequenz natürlich ausreisen und wieder in ihre Heimat zurückgehen müssten. Wir sind uns einig, dass es der Bundesregierung obliegt, insbesondere Bundesministerin Faeser, die Rückführungen in den Iran zu beurteilen. Wir sind uns auch einig – hier wird im Landtag keiner dagegen sprechen –, dass die Kompetenzverteilung im Grundgesetz geregelt und für die Pflege der auswärtigen Beziehungen und Bemühungen die Bundesregierung zuständig ist. Dazu muss das Auswärtige Amt – dafür ist wiederum die Bundesministerin Annalena Baerbock zuständig – eine Lagebeurteilung erstellen.

Ich kann an der Stelle schon sagen, dass die Staatsregierung bis zum heutigen Tag weder eine aktualisierte Lagebeurteilung des Auswärtigen Amtes noch eine fundierte Lageeinschätzung der Bundesministerin Faeser zum Thema Rückführungen in den Iran vorliegen hat. Das Einzige, was wir als Bayerische Staatsregierung bis heute verfügbar haben, sind Informationen von Bundesministerin Faeser aus einem Nachrichtenmagazin, woraus man ableiten kann, dass die Bundesregierung Abschiebungen in den Iran aktuell für nicht vertretbar hält. Das ist die einzige offizielle Information der Bundesregierung zu diesem Thema.

Frau Hiersemann, richtig ist, dass der bayerische Innenminister Joachim Herrmann die Bundesregierung ganz klar aufgefordert und gebeten hat, auf der nächsten Innenministerkonferenz den Ländern die entsprechenden Informationen mitzuteilen.

(Unruhe)

– Ich kann gerne unterbrechen, wenn es hier Themen zu klären gibt. Wenn keiner zuhört, dann ist es anscheinend doch nicht so wichtig.

(Zuruf: Machen Sie ruhig weiter!)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Staatssekretär, ich glaube, jeder hört zu.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Jeder hört nicht zu!)

– Ja.

(Anhaltende Unruhe – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es geht nicht, dass der Präsident nicht darauf achtet, wenn der Staatssekretär redet!)

**Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration):** Da macht man so ein Bohei, und dann klärt man die Dinge doch hinten herum, oder wie? – Wenn wir wieder Ruhe haben, dann fange ich gerne an.

(Anhaltende Unruhe)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Bitte.

(Beifall)

**Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration):** Wenn der Herr von Brunn sein Ding für sich erledigt hat – –

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ich bitte um die notwendige Ruhe für Herrn Staatssekretär. Bitte, Herr Kirchner, Sie haben das Wort. – Man soll vielleicht ein bisschen zurückhaltend sein, wenn man nicht weiß, was da zwischen den Fraktionen gerade war. Okay? – Bitte, Herr Staatssekretär.



**Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration):** Ich finde es immer gut, wenn Fraktionen miteinander sprechen. Aber ich finde es auch gut, wenn man ein bisschen Anstand und Respekt hat, sodass man hier auch reden darf.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der AfD und der FDP – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Darf ich jetzt reden, oder wollen Sie reden? Dann gehen Sie vor und reden Sie. Dann setze ich mich wieder hin. Dann ist es gut.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf schon nochmals in Erinnerung rufen – das hat Herr Kollege Hold an der Stelle bereits eindrucksvoll unterstrichen –, dass mit dieser Aufforderung von Innenminister Joachim Herrmann ganz klar kommuniziert ist, dass bis zu diesem Zeitpunkt die Abschiebungen in den Iran ausgesetzt werden, dass also keine Abschiebungen mehr vorgesehen sind – nur für schwere Straftäter, wie gesagt. Frau Hiersemann, damit ist Ihr Petition erfüllt; denn im Moment finden keine Abschiebungen statt, allerdings natürlich mit Ausnahme der schweren Straftäter.

Die Innenministerkonferenz wird sich mit diesem Thema sehr intensiv beschäftigen, wenn die Lagebeurteilung vorliegt; denn es geht auch darum, jede Menge bundesgesetzliche und aufenthaltsrechtliche Fragen zu besprechen und zu klären. Man muss sich das Ganze bewusst machen und unter den Ländern erörtern.

Vorhin war im Raum ein Grummeln zu hören. Auf der Innenministerkonferenz versucht man schon, einen Konsens herbeizuführen, sodass man nach der Innenministerkonferenz mit einer Sprache nach außen auftritt und die Dinge klärt. Insofern können Sie sicher sein, dass das Ganze seriös und abgeglichen sein wird.

Fakt bleibt aber: Ein pauschaler Abschiebestopp kann damit nicht einhergehen, weil damit Gefährder und Straftäter auch mit eingeschlossen sind. Wir wollen unter Beachtung der Menschenrechte eine differenzierte Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls si-

cherstellen, damit diese Menschen trotzdem in ihr Land zurück- und heimgeführt werden können.

Frau Hiersemann, Sie haben die Staatsregierung in den Fokus genommen.

(Alexandra Hiersemann (SPD): Positiv!)

– Nein, Sie haben es nicht positiv gesagt, sondern mit einem gewissen Unterton betitelt. Den Unterton habe ich schon wahrgenommen.

Ich möchte aber an der Stelle sagen, dass das Ganze, um auf der Innenministerkonferenz für einen bundesweiten Abschiebestopp zu werben, etwas unseriös ist, solange die Informationen und Erkenntnisse der Bundesregierung über Rückführungen in den Iran nicht vorliegen und man auch nicht sagt, was man konkret will. Die Initiativen müssten im Gegenteil – das gebe ich jetzt an Sie zurück – aufgrund der schwierigen Fragestellung sowie der vielschichtigen nationalen, europäischen und internationalen Dimensionen, die damit einhergehen, vom Auswärtigen Amt bzw. von der Bundesregierung, die für diese Angelegenheiten zuständig ist, kommen, nicht jedoch von einem einzelnen Bundesland, irgendwie vorgegriffen und für sich allein.

(Beifall bei der CSU)

Die Fraktionen haben gerade versucht, sich abzustimmen. Ich denke aber schon, dass Nummer 3 Ihres Antrags, wonach ein pauschaler Abschiebestopp gefordert wird, ausdrücklich abzulehnen ist, weil die Dinge damit nicht einhergehen.

Nochmals abschließend: Eingangs habe ich gesagt, dass wir an der Stelle einen großen Konsens haben, dass wir klar an der Seite der mutigen Frauen und aller Menschen im Iran stehen, die sich für Demokratie sowie für Menschen- und Bürgerrechte einsetzen. Dafür stehen der Freistaat Bayern und die Bayerische Staatsregierung, aber auch Sie, Kolleginnen und Kollegen. Das sollten wir uns heute vor Augen halten, ohne irgendein Bohei zu machen.

(Beifall bei der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Staatssekretär, es gibt eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Guttenberger. Bitte, Frau Guttenberger.

**Petra Guttenberger (CSU):** Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Herr Präsident! Sie haben es nochmals ausgeführt. Deshalb habe ich darüber keine großen Worte verloren. Wir sind uns darin einig, dass wir mit den Menschen, die um ihre Freiheit und um ihre demokratischen Rechte kämpfen, solidarisch sind. Wir können uns also durchaus vorstellen, die Ziffern 1 und 2 mitzutragen; nur Ziffer 3 würden wir nicht mittragen. Ich sage das nochmals, weiß aber nicht, wie wir das bei einer namentlichen Abstimmung bewerkstelligen wollen.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration):** Frau Kollegin Guttenberger, vielen Dank. – Ich denke, dass diese Wortmeldung eher in den allgemeinen Raum gestellt worden ist, um die Komplexität des Themas darzustellen. Sie unterstreichen, dass Ziffer 3 aus unserer Sicht eigentlich nicht darstellbar ist. Über die Modalitäten wird uns der Herr Präsident in Absprache mit Herrn von Brunn und den anderen Fraktionsvorsitzenden bestimmt eine Lösung aufzeigen.

(Beifall bei der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke schön. – Wir haben jetzt noch eine Wortmeldung der SPD-Fraktion, und zwar von Frau Hiersemann. Sie hat noch Redezeit, wenn auch ein kurze. Bitte.

**Alexandra Hiersemann (SPD):** Herr Staatssekretär, trotz Ihrer Äußerung haben wir versucht, eine Einigung zwischen den Fraktionen hinzubekommen, und die wird jetzt wie folgt lauten – vielen Dank, Frau Guttenberger, Sie haben auch noch mal darauf hingewiesen –: Wir können uns gemeinsam auf die Ziffern 1 und 2 unseres Dringlich-

keitsantrags einigen, nachdem ja offensichtlich so gut wie alle in diesem Hause völlig einer Meinung sind, was die menschenunwürdigen Zustände im Iran angeht.

Was die Ziffer 3 angeht, sehr geehrter Herr Staatssekretär, sind Sie hinter dem, was Ihr Innenminister mehrfach presseöffentlich und auch ansonsten erklärt hat. Deshalb haben wir im Hinblick auf diesen Antrag kein Problem, auf die Forderung des Abschiebestopps zu verzichten, weil der Innenminister diesen erklärt hat. Da vertraue ich auf das Wort des bayerischen Innenministers. Darauf können wir uns verlassen. Das ist presseöffentlich nachzulesen.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Alexandra Hiersemann (SPD):** Die Innenministerkonferenz wird, wie auch schon mehrfach gesagt worden ist, das Ihre tun, wenn sie stattfindet. – Vielen Dank! Wir ziehen den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück und würden uns dann gemeinsam auf die Ziffern 1 und 2 unseres Antrags einigen können.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank. – Damit stelle ich fest: Die namentliche Abstimmung ist zurückgezogen. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wenn ich das recht verstanden habe, wird die Ziffer 3 nicht mehr zur Abstimmung gestellt, sondern es werden jetzt nur die Ziffern 1 und 2 des Antrags auf Drucksache 18/24402 zur Abstimmung gestellt. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Damit werde ich jetzt auch diese Abstimmung aufrufen und frage das Hohe Haus: Wer stimmt den Ziffern 1 und 2 auf Drucksache 18/24402 zu? – Das sind die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, CSU, FDP – –

(Zurufe von der CSU: Nein, nicht alle!)

– Pardon, ja da frage ich dann noch nach. – Die AfD-Fraktion hat zugestimmt und auch die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Klingen (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Ich sehe niemanden. Wer enthält sich? – Hier haben wir Enthaltungen bei mehreren. Bitte noch mal die Hand heben! – Eins, zwei, drei, vier, fünf; fünf Abgeordnete aus der CSU-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/24403 mit 18/24406 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.